

Nichtwähler ins Parlament

Werner Peters

„Wahlen sind heutzutage primitiv. Eine Demokratie, die sich darauf reduziert, ist dem Tode geweiht.“

David Van Reybrouck

Reybroucks Buch „Gegen Wahlen. – Warum Abstimmen nicht demokratisch ist.“ ist 2013 in Amsterdam erschienen, die deutsche Ausgabe im Wallstein-Verlag zuerst 2016, inzwischen in vierter Auflage 2017, was für die Aktualität der in dem Buch vertretenen These spricht. Ich selbst habe von dem Buch erst nach der Abfassung meines Artikels erfahren und fühle mich natürlich dadurch bestätigt in meiner These, dass es an der Zeit ist, über die Zusammensetzung des Parlaments aufgrund von und ausschließlich durch Wahlen nachzudenken.

Das parlamentarische System, das als Grundpfeiler und Garant einer den Bürgerwillen repräsentierenden Demokratie gilt, befindet sich eindeutig in einer Krise. Hauptursache hierfür ist der Verlust an Legitimität und Funktionalität des Instrumentes, das die repräsentative Zusammensetzung der parlamentarischen Gremien garantieren soll: der Wahl.

Das Vertrauen in Wahlen als faire und geeignete Vermittler zwischen den Vorstellungen der Bürger und deren Umsetzung in der Politik kommt von verschiedenen Seiten unter Druck. So zeigt sich inzwischen auch in Deutschland – in anderen westlichen Ländern schon seit langem und viel deutlicher – dass die Wahlen nicht mehr in der Lage sind, in den Parlamenten klare politische Verhältnisse herzustellen. Das mühsame Ringen um eine neue Regierung nach der letzten Bundestagswahl ist ein solches besorgniserregendes Zeichen für diese Unfähigkeit. In den Bundesländern werden wegen der Zersplitterung der Parlamente nach den Wahlen bereits die abenteuerlichsten Koalitionen ausprobiert, um das – möglicherweise überholte? – Schema von Regierungsmehrheit und Opposition herzustellen.

Das Ansehen der Wahl leidet auch darunter, dass selbst die finstersten Autokraten offensichtlich das Bedürfnis haben, ihre Ermächtigung mit diesem Instrument zu legitimieren. Man könnte vordergründig von einem Sieg der Demokratie sprechen, dass inzwischen auch Diktatoren sich vor der Notwendigkeit gestellt sehen, sich ihre Position durch ein Votum des Volkes bestätigen zu lassen. Tatsächlich aber beschädigt es das Vertrauen in Wahlen, wenn man beobachten muss, wie total sie manipuliert und verfälscht werden können.

Den größten Bedeutungsverlust erfährt die Institution der Wahl allerdings durch die Tatsache, dass immer mehr Bürger von diesem Instrument, das ihnen Repräsentation im Parlament verschaffen soll, keinen Gebrauch mehr machen.

Die mit Abstand größte Partei ist die Partei der Nichtwähler. Und sie wächst ständig an. Die etablierten Parteien stehen hilflos vor diesem Phänomen, das sich zu einer Legitimationskrise der Demokratie auswächst. Das Problem wird durchaus ernst genommen, aber die bisherigen und geplanten Gegenmaßnahmen sind unwirksam, weil sie nur ein Kurieren am Symptom sind. Man muss an die Wurzeln gehen und

die Fehler im System aufdecken und korrigieren. Die Parteiendemokratie alten Zuschnitts ist am Ende. Die aus unterschiedlichen Motivlagen begründete Wahlverweigerung stellt die Legitimität der Volksvertretung in Frage. Warum also nicht darüber nachdenken, wie die Nichtwähler im Parlament repräsentiert werden können? Man könnte per Los (nach Aristoteles das demokratische Prinzip!) entsprechend der Stimmzahl der Nichtwähler aus einem Pool interessierter Bürger Abgeordnete als Repräsentanten derjenigen, die sich nicht mit einer Partei identifizieren, in das Parlament entsenden. Ein zweifellos radikaler Vorschlag, aber kein undemokratischer. Im Gegenteil – er würde dazu führen, das demokratische System zu beleben, das derzeit dabei ist, zu einer Parteienoligarchie, sprich: Post-Demokratie zu verkommen.

Die Ausgangslage

Man hat die Tatsache der ständig abnehmenden Wahlbeteiligung bis in die jüngste Zeit als eine zwar unschöne und bedauerliche, aber letztlich normale Erscheinung einer reifen Demokratie hingenommen. Die etablierten Parteien haben sich damit abgefunden, da es im Endeffekt ihre Macht nicht gefährdete, werden doch bei der Mandatsverteilung

lung die Nichtwähler nicht berücksichtigt, sondern die Sitze proportional nur aufgrund der abgegebenen Stimmen vergeben. Auf diese Weise ist den Parteien entgangen, dass ihre Basis, die Grundlage ihrer Legitimation, immer schwächer geworden ist.

Nun haben zwei Ereignisse deutlich gemacht, dass es sich bei der mangelnden Wahlbeteiligung nicht um ein nebensächliches Phänomen handelt, sondern dass sie die Substanz der Demokratie berührt. Zum einen hat es bei einigen der letzten Landtagswahlen und auch bei der Bundestagswahl eine spürbare Steigerung der Wahlbeteiligung gegeben, die allerdings ausschließlich einer Partei am rechten Rand des politischen Spektrums zugutegekommen ist. Offensichtlich ist also die abnehmende Wahlbeteiligung eine klare Absage an das bisherige Parteiensystem und damit auch an die Art und Weise, wie die etablierten Parteien Demokratie praktizieren. Das wird auch durch das andere Ereignis bestätigt, dass nämlich diese Parteien so stark an Zustimmung verloren haben, dass sie nicht mehr in der Lage sind, „normale“ Regierungsmehrheiten herzustellen, sondern sich zu den abenteuerlichsten Formationen „Rot-RotGrün“ und „RotGrünGelb“ zusammenschließen müssen.

Der Verschleiß der Parteien, der sich in diesem Phänomen zum Ausdruck bringt, ist aber nicht nur deren Problem, sondern eine Gefahr für die Demokratie als solche. Wer diese Warnzeichen ernst nimmt, muss darüber nachdenken, wie unsere demokratische Praxis grundlegend anders als nach dem bisherigen Parteiensystem organisiert werden kann. Es geht dabei um zwei Aufgaben, die sich vermutlich ergänzen: die faktische Allmacht der Parteien in der politischen Praxis brechen und die Nichtwähler in den politischen Prozess einbeziehen.

Dabei ist es mit kosmetischen Korrekturen nicht mehr getan, es bedarf schon einer echten Systemveränderung.

Nun hat das Wort Systemveränderung bei uns einen bösen Ruf, sogar einen gefährlichen Klang. Es weckt Erinnerungen an die revolutionären Slogans der 60er und 70er Jahre, als protestierende Studenten die von ihnen massiv

kritisierte Gesellschaftsordnung durch ein Regierungssystem ersetzen wollten, das – in ihren Augen – dem (vermeintlichen) Willen des Volkes mehr entsprechen würde. Vielleicht kann man sich dem Thema der Systemveränderung im politischen Kontext etwas unbefangener nähern, wenn man nicht von Systemveränderung spricht, sondern von Veränderungen am System oder innerhalb des Systems. Denn da Systeme welcher Art auch immer nicht starr sind, sondern als menschliche Schöpfungen alle menschlichen Faktoren wie Unvollkommenheit, Beeinflussbarkeit, Endlichkeit in sich tragen, müssen sie praktisch ständig neu justiert werden, um in veränderten äußeren Bedingungen angemessen zu funktionieren.

Dem trägt auch unser politisches System Rechnung, ohne dass es jedes Mal offen zum Ausdruck kommt. Die gegenwärtige politische Praxis unseres Regierungs- und unseres parlamentarischen Systems hat sich stark verändert seit der Inkorporation vor bald siebzig Jahren und hat nur wenig Ähnlichkeit mit der im Grundgesetz formulierten Theorie. Aus der „Mit“-wirkung der Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes ist ein veritables Monopol der Parteien in der Politik geworden. Die grundgesetzlich gesicherte Gewissensfreiheit des Abgeordneten ist dem Fraktionszwang zum Opfer gefallen. Dies sind nur besonders herausragende Beispiele. Die meisten solcher Veränderungen am System sind mehr oder weniger unbemerkt und vor allem ohne nennenswerten Widerstand eingetreten und sind inzwischen etablierter Teil des Systems, ohne dass man sich der Tatsache einer Systemveränderung oder Veränderung am System bewusst ist.

Manche Veränderungen wurden auch durch einen bewussten Akt vollzogen, z. B. als 1953 die seit den ersten Bundestagswahlen 1949 getrennt für jedes Bundesland geltende Fünf-Prozent-Hürde per Bundeswahlgesetz auf die bundesweit abgegebenen gültigen Stimmen bezogen wurde. Auch diese Änderung am System gilt jetzt, nachdem sie sich etabliert hat, als originärer Teil des Systems. Koalitionsverträge, die es in der Anfangszeit des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik nicht gegeben hat und die

die grundgesetzlich garantierte Freiheit des Abgeordneten erheblich einschränken, sind inzwischen ein nicht mehr hinterfragter Teil der politischen Praxis, die sich bis in die Kommunalpolitik ausgebreitet hat.

Das gegenwärtige System ist nicht mehr in der Lage, die Erwartungen der Bürger an eine repräsentative demokratische Praxis zu erfüllen: Eine wachsende Zahl von Menschen bezweifelt, dass der politische Wille der Bürger/-innen umgesetzt wird. Dieser Zweifel manifestiert sich in einer zunehmenden Wahlenthaltung, die inzwischen nicht mehr nur stumm ist, sondern sich immer stärker auch klar und deutlich in diesem Sinne äußert.

Das Phänomen Nichtwähler

Das Phänomen der Nichtwähler ist zu komplex, als dass es mit einer einfachen Erklärung abgehandelt werden kann. So soll die in der Literatur vertretene Gegenposition, dass die Nichtteilnahme an der Wahl auch als ein Zeichen von Zufriedenheit mit den Verhältnissen gesehen werden kann, nicht völlig zurückgewiesen werden. Natürlich führt eine politische Situation, in der es vielen Menschen gut geht und in der große, kontroverse Themen fehlen, zu Gleichgültigkeit und Desinteresse am politischen Prozess und senkt die Bereitschaft zur Partizipation, und wenn es auch nur um das Ankreuzen des Wahlscheins geht.

Aber schon die nächste Kategorie der Nichtwähler, die man mit einem Neologismus das abgehängte Prekariat nennt, hat einen Grund für seine Gleichgültigkeit gegenüber dem Wahlakt, der auf die Dysfunktionalität des politischen Systems hinweist. Man kann ihn auf die einfache Formel bringen: „Warum soll ich mich für ein politisches System interessieren, wenn dieses sich nicht für mich interessiert?“ Auch wenn dies keine bewusste Erkenntnis, sondern eher ein dumpfes, aber nichtsdestoweniger tief empfundenes Gefühl ist: Offenbar fühlt sich das Prekariat von der Politik nicht ausreichend repräsentiert und hat insofern auch deutlich weniger Interesse, am politischen Prozess teilzunehmen.

Unübersehbar aber ist die dritte Gruppe der Nichtwähler, die sich aus dem politischen Prozess ausgeklinkt haben, weil sie für sich erkannt haben – ob zu Recht oder Unrecht, mag im Moment noch unentschieden bleiben –, dass das politische System nicht mehr funktioniert, dass es sich verharzt hat, intransparent geworden ist und jedenfalls nicht mehr in der Lage, auf die politischen Probleme der Gesellschaft die richtigen Antworten zu geben. Der Kreis dieser Menschen reicht von blasierten Intellektuellen, die glauben, es sich leisten zu können, von oben herab die Unfähigkeit der Politiker zu kritisieren, aber es sich ansonsten in der von diesen gestalteten Gesellschaft sehr wohl sein lassen (insofern sind sie mit der ersten Gruppe verbunden) über die wachsende Zahl der „Wutbürger“, die in ohnmächtigem Zorn ihren Unmut in Leserbriefen, Blogs, Demonstrationen zum Ausdruck bringen, bis zu einer Vielzahl politischer Initiativen, die teilweise monokausal (z.B. der Verein „Mehr Demokratie“ mit seiner Kampagne für Volksentscheide) teilweise generell das System reformieren wollen oder am System Veränderungen vorschlagen, um es wieder gangbar und funktionsfähig zu machen.

Wenn wir uns im Folgenden auf einen einzigen Aspekt konzentrieren – eine Parlamentsreform – so soll damit nicht der Anspruch erhoben werden, dass die hier vorgeschlagene Veränderung am System ein Allheilmittel ist. Ein Hauptargument für unseren Vorschlag ist, dass er genau dort ansetzt,

wo das Symptom erscheint, nämlich bei der offensichtlich immer weiter abnehmenden Wahlbeteiligung.

Vielfalt demokratischer Systeme

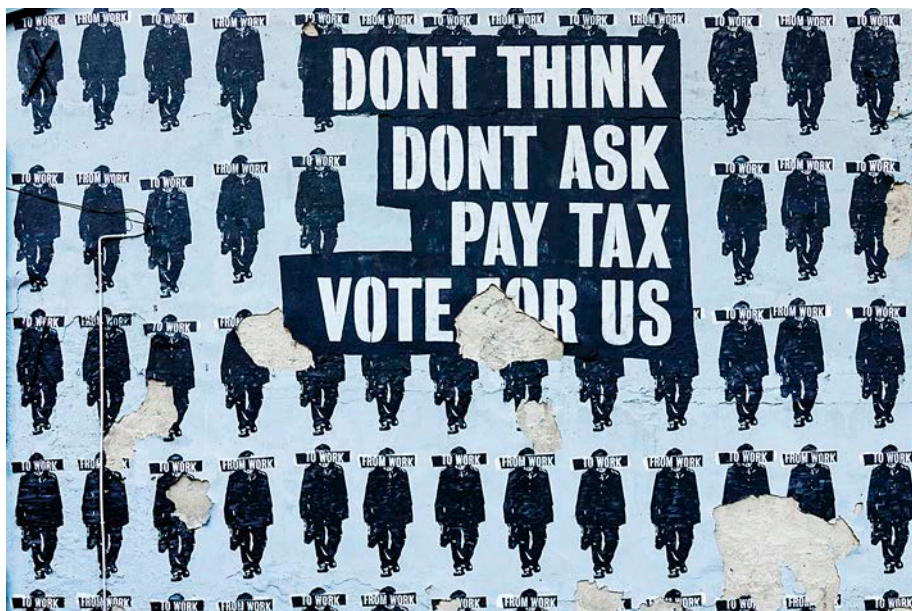
Wenn es bei der Fülle der Beobachtungen zur Demokratie eine Aussage gibt, der alle Interpreten zustimmen müssen, so ist es die, dass es die Demokratie nicht gibt. Es gibt seit ihrem Erscheinen in der politischen Realität und in den Schriften der politischen Philosophen und Politologen eine Vielfalt von politischen Systemen, die den Anspruch erheben, die Idee der Demokratie zu verwirklichen. Selbst wenn wir die durchaus nicht kleine Zahl derjenigen Gebilde außer Acht lassen, die unter der Bezeichnung Volksdemokratien oder einem anderen hochtrabenden Namen ihre im Grunde totalitäre Struktur verbergen, gibt es eine Vielfalt von unterschiedlichen Staats- und Regierungsformen, die alle den Anspruch erheben können, als genuin demokratisch zu gelten. Die verschiedenen Ausformungen von Demokratie, die sich bei den einzelnen Völkern herausgebildet haben, sind stark durch Geschichte und Tradition bedingt und spiegeln auch die Mentalität der Bürger des jeweiligen Staates wider. Als Beispiel hierfür mag das englische System mit seiner strikten Bevorzugung des Mehrheitswahlrechts hinreichen.

Die Idee der Demokratie und ihre Ausgestaltung ist aber nicht nur sozusagen horizontal variabel, indem sie bei verschiedenen Völkern in verschiede-

ner Gestalt auftritt, sie ist auch vertikal im Laufe der Geschichte starken Veränderungen unterworfen gewesen. Mit anderen Worten, die Demokratie ist immer auch ein Produkt ihrer Zeit, abhängig von den allgemeinen Zeitumständen und von dem Selbstverständnis der Menschen als Teil des Staates. So konnte sich, um wieder ein Beispiel zu nennen, seinerzeit eine Staatsform durchaus demokratisch nennen, die den Frauen das Wahlrecht verweigerte, weil für die damalige Zeit die Stellung der Frau in der gesamten Gesellschaft nicht gleichrangig war und ihnen deshalb auch politischer Einfluss nicht zugestanden wurde.

Aus diesen Erkenntnissen lassen sich erste Schlüsse ziehen: Veränderungen innerhalb eines demokratischen Systems sind nicht nur kein Eingriff in oder gar Angriff auf die Demokratie, sondern im Gegenteil wesensmäßiger Bestandteil der Idee der Demokratie, die eben kein unverrückbarer Fixpunkt ist, sondern ein lebendiges Gebilde, das sich den gesellschaftlichen Veränderungen und der politischen Bewusstseinsbildung der Staatsbürger anpassen muss. Je höher entwickelt das politische Bewusstsein eines Volkes ist, desto offener muss das System für Veränderungen sein und desto weitreichender können solche Veränderungen ausfallen, ohne das demokratische System zu beschädigen.

Dies alles gilt natürlich unter dem Vorbehalt, dass der Kern dessen, was Demokratie ausmacht, dabei intakt bleibt. So erhebt sich die Frage erneut, was Demokratie jenseits der vielfältigen Formen, die es im Laufe der Geschichte gegeben hat und die sich heute auf der Welt präsentieren, in seinem innersten Wesen darstellt. Eine erste Antwort gibt der Name und die Geschichte ihres ersten Auftretens im antiken Griechenland. Der Name bedeutet Volksherrschaft und setzt sich ab vom Begriff der Aristokratie, was Herrschaft der besten, vornehmsten (Bürger) über die anderen beinhaltet. Schließlich gibt es in der griechischen politischen Philosophie (und Praxis) noch die Staatsform der Monarchie, in der einer allein über alle anderen bestimmt. Es ist hier nicht der Platz, über die unterschiedlichen Begriffe „*kratein*“ und „*archein*“ weiter nachzuforschen, nur so viel, was ein bestimmtes Licht auf den Begriff



Demokratie werfen könnte, dass in dem Wort „*archein*“ eine Art ursprüngliche Herrschaft sich manifestiert, während in „*kratein*“ das Prozessuale der Machtansammlung mitschwingt.

Es ist wichtig zu wissen, dass die Demokratie sich als letzte dieser Staatsformen gebildet hat, und zwar als Reaktion und in Revolte gegen die beiden lange etablierten politischen Systeme. Die Geburt der Idee der Demokratie hängt eng mit der ersten abendländischen Aufklärung zusammen, in der die Griechen (ausgehend von Ionien) sich zum ersten Mal rational mit der Natur, der Welt und der Stellung des Menschen in diesen auseinandersetzten. Die Aufklärer stellten die hergebrachte Ordnung in Frage, nach der ein erblicher Führer oder der Kreis der Vermögenden (die „*aristoi*“ waren nicht die moralisch Hervorragenden, sondern die wirtschaftlich Bestimmenden) über den Rest der Bevölkerung herrschen soll. Wie dieser revolutionäre Gedanke entstanden ist, dass die Menschen das Recht und auch die praktischen Möglichkeiten haben, ihr gesellschaftliches Schicksal selbst zu organisieren, bleibt im Dunkeln, auf jeden Fall breitete er sich von Ionien ausgehend in der ganzen griechischen Welt aus und wurde – natürlich gegen heftige Widerstände – in verschiedenen Städten, insbesondere in Athen, in die Tat umgesetzt.

Auslösung, Wahl & Abstimmung

Die athenische Demokratie gilt als das Muster der Demokratie, und in der Tat lassen sich an ihr viele Aspekte, vor allem der Kern des demokratischen Gedankens, aber auch ihre Schwächen und Fehler herausarbeiten. Die athenische Demokratie war direkte Demokratie, alle Bürger waren an politischen Entscheidungen unmittelbar beteiligt. Repräsentative Gremien wurden per Los besetzt. Aristoteles stellt als besonderes Merkmal der Demokratie heraus, dass in ihr das Los über den Zugang zu öffentlichen Ämtern entscheidet, während die Wahl ein aristokratisches Element sei.^[1] Um allen Bürgern die politische Partizipation zu ermöglichen, wurden sie für die Teilnahme an Volksversammlungen aus der Staatskasse alimentiert.

Das war sozusagen eine frühe Form, der politischen Lethargie entgegenzuwirken, die sich heute in Wahlenthaltung manifestiert.

In der Realität war die athenische Demokratie allerdings keineswegs total egalitär, sondern faktisch eine Mischform, insofern aristokratische und sogar monarchische Elemente mitschwangen. In ihrer Blütezeit wurde die athenische Demokratie beherrscht von einem hochkompetenten, charismatischen Führer, Perikles, dem das Volk über zwanzig Jahre lang die Leitung der Staatsgeschäfte anvertraute. Als nach seinem Tod dieser Gegenpol zur reinen Volksherrschaft wegfiel, wurde die athenische Demokratie immer mehr zur Beute von Demagogen und Usurpatoren, um schließlich von der Niederlage im Peloponnesischen Krieg in den zumindest vorläufigen Untergang mitgerissen zu werden.

Wenn man die athenische Demokratie als Muster einer demokratischen Verfassung nimmt, so kann man als Kern und Wesen des demokratischen Systems konstatieren, dass alle die Polis betreffenden („politischen“) Entscheidungen, d. h. alles was das Leben der Bürger im Staat betrifft, durch die Bürger selbst getroffen werden. Auch die quasi-monarchische Staatsführung des Perikles war demokratisch, indem sein politisches Handeln im Ganzen und in den Details jeweils durch die Volksversammlung abgesegnet werden musste. Die direkte Demokratie ist eine wünschenswerte Form der Demokratie (allerdings, wie oben angedeutet, mit durchaus gefährlichen Aspekten), gehört aber nicht zum Wesenskern der Demokratie, so lange gewährleistet ist, dass der Wille des Volkes in geeigneter Form nicht nur repräsentiert, sondern auch umgesetzt wird.

An dieser Stelle beginnt sich die Geschichte der Demokratie zu verästelnd mit den unterschiedlichsten Versuchen, die Aufgabe der Repräsentation des Volkswillens durch geeignete Instrumente und Prozesse zu erfüllen. Das Parlament, das an die Stelle der direkten Entscheidung durch das Volk tritt, gewinnt seine demokratische Legitimation nur dadurch, dass es sich als repräsentatives Organ der Volksmeinung bestätigen lassen kann. Parlamentarismus und Demokratie sind keineswegs

deckungsgleich. Es gab und es gibt Parlamente, die nicht gewählt und insofern auch nicht repräsentativ sind, sondern deren Mitglieder ernannt werden. Das britische House of Lords ist Teil des Parlaments, aber nicht demokratisch, was insofern für die Qualität der Demokratie in Großbritannien nicht erheblich ist, da sein Einfluss auf die Gesetzgebung minimal ist. Im neu geschaffenen Parlament von Myanmar ist ein Viertel der Sitze vorab für Mitglieder des Militärs reserviert, eine echte Repräsentation des Volkes durch Wahlen also nicht gegeben.

Güte und Verlässlichkeit der Repräsentanz

Der Parlamentarismus scheint in unseren Massengesellschaften die einzig praktische Möglichkeit darzustellen, Demokratie durch Repräsentation des Volkswillens zu verwirklichen. Die Herausforderung besteht darin, ein politisches System zu schaffen mit Instrumentarien und Prozessen, die es dem Volk ermöglichen, sich durch Wahlen in der Repräsentation durch die Parlamente wiederzufinden. Hierbei stößt sich der Wunsch nach möglichst perfekter Repräsentation mit dem Bedürfnis nach einigermaßen stabilen Verhältnissen in den Parlamenten, was zu verschiedenen Maßnahmen führt, die Zahl der im Parlament vertretenen Gruppen (oder sogar Einzelpersonen) einzuschränken. Die bekanntesten Formeln sind einerseits das Mehrheitswahlrecht und andererseits die Sperrklausel. Zweifellos ist das Verhältniswahlrecht unter dem strikten Aspekt der Repräsentativität demokratischer als das Mehrheitswahlrecht, aber es soll hier keine Rangfolge aufgestellt werden. Entscheidend ist, ob ein System objektiv geeignet ist und es in der Praxis auch erreicht, dass sich der Wille der Wählerschaft angemessen in der Zusammensetzung des Parlaments widerspiegelt.

Was ist nun, wenn eine wachsende Zahl von Menschen von sich aus, d. h. freiwillig sich ausschließt aus diesem Prozess, repräsentiert zu werden? Es gibt zwar eine zahlreiche Literatur, die sich mit intentionalen (d. h. von ihren Schöpfern gewollten) und kollateralen (d. h. sich unglücklicherweise aus dem System ergebenden) Formen der Fehlrepräsentation von Wählerstimmen be-

¹ Aristoteles, *Politeia* IV 1294b

schäftigt, aber kaum solche, die sich mit dem Phänomen auseinandersetzen, was der freiwillige Verzicht auf Repräsentation für die Qualität der Demokratie in dem betreffenden System bedeutet. Das hat seinen Grund darin, dass dieses Phänomen (noch?) nicht als systemisches Problem gesehen wird, das auf Fehler im System hinweist und möglicherweise sogar Auswirkungen auf die Demokratie als solche hat, sondern ausschließlich unter dem akzidentellen Gesichtspunkt der Menschen und ihrer Motivation, nicht zur Wahl zu gehen.

Neuerdings finden sich Hinweise in den Medien, die eine Aufmerksamkeit für die systemische Problematik andeuten. Während bei den Berichten über Wahlergebnisse schon seit längerem immer wieder von einer „Partei der Nichtwähler“ gesprochen wird, die fast oder sogar mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten auf sich vereinigt, wird seit einiger Zeit auch eine Statistik aufgeführt, bei der die Prozentzahlen der Parteien nicht mehr nur auf die Wähler (das gültige Ergebnis für die Sitzverteilung im Parlament) bezogen werden, sondern daneben auch auf die Wahlberechtigten, was teilweise – die Repräsentation der Bevölkerung betreffend – schockierende Zahlen produziert. Die CDU/CSU kommt bei der letzten Bundestagswahl statt auf 32,9 % nur auf 25,9 %, die SPD (20,5 % Stimmenanteil) hat nur 15,6 % der Wahlberechtigten für sich gewinnen können. Insgesamt vertreten die in den Bundestag eingezogenen Parteien nur 76 % der wahlberechtigten Bürger. (In der letzten Legislaturperiode waren es sogar nur 60 %, weil FDP und AfD wegen der Sperrklausel den Einzug ins Parlament ganz knapp verpassten und ihre Wähler nicht repräsentiert waren).

Nichtwähler – Signal für einen Fehler im System?

Es gibt derzeit drei Arten, wie das politische Establishment, d. h. Politiker, Medien und Politische Wissenschaft auf das Problem der wachsenden Zahl der Wahlverweigerer reagiert:

Die übliche Reaktion, die bei der Bekanntgabe der Wahlergebnisse den Politikern zu entnehmen ist, erschöpft sich in Bedauern über das Symptom (die geringe Wahlbeteiligung), ohne sich mit den Gründen auseinanderzusetzen,

geschweige denn irgendwelche Konsequenzen zu ziehen.

Daneben gibt es zahlreiche, durchaus ernst gemeinte Reformvorschläge und auch einige Maßnahmen, die aber alle ein Kurieren am Symptom sind und sich nicht ernsthaft mit den tiefer liegenden Ursachen auseinandersetzen.

Schließlich gibt es eine dritte Haltung, die zwar nicht offen ausgesprochen wird, aber aus dem Verhalten und der Verweigerung einer grundlegenden Diskussion des vorhandenen Problems geschlossen werden muss, nämlich trotzig das systemische Defizit bestreiten, das sich in der Wahlverweigerung manifestiert. Man könnte diese Haltung etwas grob so formulieren: „Es ist nicht unsere Schuld, wenn die Menschen die Chance der Teilnahme nicht wahrnehmen, die ihnen unser demokratisches System bietet.“

Eine solche Reaktion (oder besser: „Nicht“-Reaktion) ist allerdings nicht mehr zu rechtfertigen und auf die Dauer auch nicht haltbar, wenn der freiwillige Verzicht großer Teile der Bevölkerung, in den Parlamenten repräsentiert zu sein, durchaus begründet ist: Nämlich damit, dass das System sich von dem, was man unter Demokratie versteht, entfernt hat und darüber hinaus – zumindest nach Meinung der Wahlverweigerer – nicht mehr in der Lage ist, Antworten auf die Zukunftsfragen der Gesellschaft zu geben. Mit anderen Worten, man bezweifelt, dass das System, wie es sich derzeit darstellt, noch eine Demokratie ist. Man stellt die Systemfrage.

Es ist unübersehbar, dass in Deutschland wie in nahezu allen westlichen Demokratien eine weit verbreitete Desillusionierung stattgefunden hat – verglichen etwa mit den Hochzeiten der Identifikation mit der Demokratie in den 60er und 70er Jahren. Der Verlust an Glauben, dass ein demokratisches System gerechte Verhältnisse und Wohlstand schafft, hatte in einzelnen Ländern unterschiedliche Auslöser, aber durchgehend dieselben Auswirkungen und Erscheinungen: Distanz bis hin zum Zynismus gegenüber den handelnden Politikern und der Funktionsweise des Systems. In den USA hat vor allem der Vietnamkrieg das Vertrauen der Bürger in ihre Regierung und

die Funktionsweise der Demokratie zerstört und die Gesellschaft zutiefst verunsichert und zerrissen zurückgelassen. In Deutschland (und Europa) hat vor allem die Durchsetzung der neoliberalen Politik mit ihren Folgen für den bisher als garantiert empfundenen Sozialstaat zu einer tiefen Verunsicherung der Bürger bezüglich ihrer wirtschaftlichen und sozialen Zukunft geführt und das Gefühl wachsen lassen, dass die Politiker und das bestehende System weder fähig noch in der Lage sind, die Gesellschaft entsprechend den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung zu gestalten.

Parteienoligarchie, Lobbyismus & intransparente Mega-Strukturen ...

Es sind drei Bereiche, an denen die Bürger das Abweichen vom demokratischen Ideal – um es einmal sehr neutral zu formulieren – festmachen. Da ist zum einen die Entwicklung der Demokratie hin zu einer Parteienoligarchie. Die Parteien sind nicht mehr nur „Mit“-wirkende an der Willensbildung des Volkes, sondern haben sich praktisch ein Monopol verschafft über alle politischen Institutionen einschließlich des Parlaments, wo sie als einzige Akteure den Bürgerwillen repräsentieren dürfen. Dabei nutzen sie dieses Privileg in erster Linie, um ihre eigene Position zu befestigen. Sie befinden sich praktisch in einem immerwährenden Wahlkampf, bei dem die Sachbezogenheit der politischen Entscheidungen notgedrungen oft auf der Strecke bleibt. Überhaupt haben viele Bürger ihr Vertrauen darin verloren, dass Politik nach Sachgesichtspunkten entschieden wird. Darauf ist gleich noch näher einzugehen.

Durch die Fokussierung auf die eigenen und die Parteiinteressen haben sich Politiker und Parteien im Gefühl der Bürger abgekoppelt von den Wünschen und Erwartungen der Gruppen, um deren Stimmen sie werben.

Der zweite Sündenfall gegen die Demokratie ist das Abdanken der Politik gegenüber der Wirtschaft. Nicht nur hat der Einfluss der Lobbyisten auf die Gesetzgebung ungeahnte Ausmaße angenommen (Lobbyisten werden eingeladen, ganze Gesetzgebungspakete zu formulieren), generell hat die Türöff-

nung für die neoliberale Wirtschaftspolitik mit ihren weitreichenden Regulierungen die Einflussmöglichkeiten der Politik immer weiter beschränkt. Es sieht auch so aus, als ob die Politik resigniert hätte und keinen Versuch mehr unternimmt, den Trend umzukehren, obwohl die verheerenden Folgen für den bisher als Legitimationsbasis der Demokratie empfundenen Wohlfahrtsstaat unübersehbar geworden sind. Im Gegenteil, alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die Liberalisierung und Privatisierung des Staates weiter fortgeführt werden soll. Darüber hinaus wird den Politikern nicht zu Unrecht unterstellt, dass sie mit der Fülle und der Komplexität der politischen Entscheidungen überfordert sind und deshalb gar nicht in der Lage sind, sachgerechte Entscheidungen zu treffen. Dazu kommt, dass sie eingebunden sind in Fraktions- und Koalitionszwänge, was sie außerstande setzt, wahre Repräsentanten der Bürger zu sein, von denen sie erwarten, dass sie sie wählen. Es ist nicht verwunderlich, dass viele Menschen inzwischen von einer Scheindemokratie sprechen – die politische Wissenschaft hat hierfür auch schon den Begriff der Postdemokratie gefunden – in der Kuhhandel und organisierte Verantwortungslosigkeit herrschen, nicht aber die angekündigte Repräsentation des Bürgerwillens.

Der dritte Aspekt, der eine zunehmende Skepsis der Bürger gegen das bestehende politische System hervorruft, ist die zunehmende Einbindung der Politik in ein europäisches Regelwerk, das nur unzureichend demokratisch legitimiert und kontrollierbar ist. Anfänglich begeistert begrüßt, erweist sich die europäische Einigung in ihrer Umsetzung für die Bürger als eine intransparente Bürokratie, die der eigenen parlamentarischen Repräsentation mehr und mehr Rechte nimmt und unter dem Stichwort Wettbewerbserleichterungen die neoliberale Wirtschaftsordnung in Europa durchsetzt.

Die Katastrophe um den Euro, der aus politischen Gründen und gegen wirtschaftliche Vernunft eingeführt wurde, zeigt nun auch dem einfachen Bürger, dass die gewählten Vertreter des Volkes weder einen Ausweg wissen aus dieser Krise noch, wenn sie ihn wüssten, in der Lage wären, ihn durchzusetzen, da das Gesetz des Handelns ih-

nen völlig entglitten ist und von nicht legitimierten Bürokraten wie dem Chef der EZB und der Chefin des IWF exekutiert wird. Es ist völlig nachvollziehbar, dass sich in vielen Ländern ein Ruf nach Re-Nationalisierung politischer Entscheidungen bemerkbar macht. Eine solche Wiedergewinnung nationaler Souveränität über wichtige Lebensbereiche der Bürger würde zweifellos auch das Interesse an der Mitwirkung am politischen Geschehen wieder beleben, das sich angesichts des zunehmenden Bedeutungsverlustes der nationalen Repräsentanten mehr und mehr verflüchtigt hat.

... vs. autonomes Bürger/innen-Engagement

Dieser gefühlte – und durchaus reale – Mangel an Vertretung der eigenen Interessen durch die gewählten Körperschaften ist eine der Hauptquellen für die in den letzten Jahrzehnten immer zahlreicher und immer offensiver auftretenden politischen Organisationen außerhalb der Parlamente, die sich in drei Formen manifestieren. Da sind einmal die Bürgerinitiativen, die wie bei Stuttgart 21 bundesweite Symbolkraft bekommen in Ihrer Zuspitzung zwischen technologisch möglichen und wirtschaftlich wünschenswerten Projekten einerseits und den Wünschen und Vorstellungen der Bürger am Ort. Viele solcher Bürgerinitiativen, wie etwa die Organisationen gegen Stromtrassen und Windkraftanlagen, sind weiträumig vernetzt und hochprofessionell besetzt.

Eine andere Kampffront gegen die Politik des etablierten Systems sind die zahlreichen, teilweise weltweit organisierten NGOs wie Greenpeace oder Attac, die teils schon in ihrem Slogan („eine andere Welt ist möglich“) ihr Misstrauen und ihre Distanz gegenüber den gewählten Repräsentanten deutlich machen.

Eine dritte Form, den Willen der Bürger auf andere Weise als durch Wahlen zu sammeln und politisch wirksam werden zu lassen, sind die Internet-basierten Protest-Kampagnen wie Avaaz und Campact, die vor bestimmten politischen Entscheidungen Hunderttausende, ja, Millionen Unterschriften sammeln, die sie den Entscheidungsträgern vorlegen, oft mit dem Erfolg,

dass beabsichtigte Projekte, die auf den Protest dieser Menschen stoßen, aufgegeben werden.

Diese inzwischen weit verbreitete Form, sich politisch einzumischen, hilft vielleicht, Frustration über das Geschehen in der etablierten Politik zu mildern, kann aber nicht als Ersatz für fehlende Repräsentation im demokratischen System hingehen, im Gegenteil, sie ist ein offensichtliches Symptom dafür, dass viele Menschen daran zweifeln, dass die „Willensbildung des Volkes“ in den Parlamenten zum Tragen kommt.

Die Bürgerinitiativen und die anderen genannten Organisationen versuchen *de facto* eine direkte Beteiligung an der Machtausübung zu erreichen, weil sie dem repräsentativen System, das ihnen von außer- und antidemokratischen Kräften beeinflusst erscheint, nicht mehr zutrauen, gemeinwohlorientierte Politik zu betreiben.

Inzwischen wird in der Literatur die Rückkehr zu vordemokratischen Entscheidungsstrukturen nicht nur ernsthaft diskutiert, sondern von manchen auch als Ausweg aus der Krise der Demokratie befürwortet. Man akzeptiert den derzeitigen Verfallzustand der Demokratie als die neue Realität und fordert geradezu autoritäre Formen der politischen Entscheidungsfindung, da sich die klassische (parlamentarische) Demokratie als unfähig erweist, die großen und immer drängender werdenden Probleme der Menschheit zu lösen, wie zum Beispiel die Klimakatastrophe. Wenn man die Maßnahmen im Rahmen der weltweiten Bankenkrise und das Krisenmanagement zur Euro-Rettung betrachtet, wo die Parlamente nur noch abnicken durften, was die selbst ernannten oder institutionalisierten Experten vorgegeben haben, so wird deutlich, dass diese Vorstellung von der Zukunft der Demokratie bereits gegenwärtig ist.^[2]

In diesem Szenario stellen die eben erwähnten Protestbewegungen dann sozusagen den Restbestand der Demokratie dar, die dann nicht mehr über

² Ein eher unvermutetes Plädoyer für ein Regierungssystem mit einer Art „Rat der Weisen“ anstelle der zähflüssigen repräsentativen Demokratie findet sich bei Hans Jonas. In letzter Zeit hat vor allem Rudolf Bahro diese Gedanken wieder aufgegriffen und in seinen Schriften verbreitet.

Repräsentation funktioniert, sondern wo sich Bürger mit ihren Kampagnen direkt in das politische Geschehen einmischen.

Repräsentanz der Nichtwähler



Wenn man weiterhin daran festhält, dass sich das Prinzip der Demokratie in der Umsetzung des politischen Willens – moderiert durch die Parteien – verwirklicht durch gewählte Repräsentanten in den Parlamenten, dann muss, wenn eine bedeutende Zahl von Bürgern sich verweigert, in dieser Weise repräsentiert zu werden, eine Reform genau bei diesem Aspekt der Repräsentation ansetzen. Angesichts des dramatischen Auseinanderdriftens zwischen der durch Wahlen ermittelten Repräsentanz und den aufgrund der Wahlenthaltung großer Bevölkerungsteile tatsächlichen Verhältnissen ist ein Kurieren am Symptom nicht mehr hilfreich; es müssen schon radikale Maßnahmen ergriffen werden. Ein solcher zweifellos radikaler Reformvorschlag geht dahin, die Nichtwähler nach ihrer prozentualen Größe in den parlamentarischen Gremien zu berücksichtigen. Dieser Vorschlag scheint auf den ersten Blick geradezu obszön. „Warum sollten wir auf diejenigen besonders eingehen, die sich nicht an den Wahlen beteiligen? Sie sind es doch, die sich den angebotenen Möglichkeiten verweigern, sich vertreten zu lassen!“ Dieser Einwand lässt sich aber nur halten, wenn man nicht bereit ist zu akzeptieren, dass der Grund für die Wahlenthaltung im System selbst liegt, genauer gesagt darin, dass das System nicht mehr repräsentativ ist und darüber hinaus auch sich als zunehmend funktionsunfähig erweist. Dann ist die Wahlenthaltung eben nicht ein Abweichen von der demokratischen Norm, sondern ein Symptom für eine krisenhafte Veränderung des Systems, die auch nur durch eine Veränderung am System behoben werden kann. Wenn man einmal die aufkommenden negativen Affekte und Argumente für einen Moment beiseiteschiebt, so ist dieser Vorschlag, die Nichtwähler entsprechend ihrer Zahl bei der Zusammensetzung der Parlamente zu berücksichtigen, unter dem Gesichtspunkt der Repräsentation absolut schlüssig. Eine große Gruppe von Bürgern, die sich (freiwillig, ja! aber mit guten Gründen) der Repräsentation

entzogen hat, wird in irgendeiner Form in den politischen Entscheidungsgremien repräsentiert.

Bevor ich auf die zahlreichen Einwände gegen diesen Vorschlag zur Reform unseres demokratischen Systems eingehe, möchte ich ganz kurz die praktische Umsetzung einer solchen Beteiligung der Nichtwähler im parlamentarischen Geschehen darstellen.

Eine radikale Lösung, die auch schon öfter, wenn auch nur von Außenseitern, in die politische Diskussion gebracht wurde, wäre je nach Anteil der Stimmenthaltungen die Anzahl der Parlamentssitze zu reduzieren. Ein Rückgang des absoluten Stimmenanteils bedeutete dann für die Parteien den Rückgang lukrativer Parlamentsposten – ein möglicher Ansporn für sie, Politik attraktiver zu gestalten.

Ebenso denkbar wäre die Einführung einer ausdrücklichen Nein-Stimme, nach deren Stimmenanteil die Sitze im Parlament unbesetzt bleiben könnten. Beide Modelle bringen zwar das Gewicht der Nichtwähler deutlich zum Vorschein und haben auch gewisse politische und finanzielle Auswirkungen auf die Machtbasis der etablierten Parteien, sie leiden aber darunter, dass sie nicht wirklich zu einer Repräsentation der Nichtwähler im parlamentarischen Geschehen beitragen.

Eine echte Beteiligung der Nichtwähler könnte dadurch erreicht werden, dass unter den politisch aktiven und interessierten Nichtwählern eine entsprechende Anzahl als Abgeordnete ausgelost werden, die dem Stimmenanteil der Nichtwähler bei der jeweiligen Wahl entspricht. Bei der Ermittlung dieses Potentials an politisch aktiven und interessierten Nichtwählern braucht man keine Tests und Aufnahmeprüfungen vorzunehmen, es reicht, wenn sich Menschen offiziell registrieren lassen als Nichtwähler, die nichtsdestoweniger am politischen Geschehen teilnehmen wollen. Allein dieser Akt ist ein Beweis für Interesse an und Engagement für die Politik und die demokratische Kultur.

Die Abgeordneten der Nichtwähler werden bezahlt wie die anderen Abgeordneten. Möglicherweise erhalten sie etwas bessere Bedingungen bei der Altersversorgung und bei der Übergangs-

regelung, damit die Entscheidung, für eine Zeit aus dem bestehenden Arbeitsverhältnis auszusteigen, leichter möglich ist. Über einzelne Details kann man dann weiter nachdenken, wenn dieser Vorschlag ernsthaft diskutiert wird und eine Chance auf Realisierung besteht. Wichtig ist nur festzuhalten, dass der Status eines durch Los bestimmten Deputierten den gleichen Rang hat wie der des gewählten Abgeordneten. In diesem Sinne wird an die Praxis der athenischen Demokratie erinnert und an die Feststellung des Aristoteles, dass das Lösen das eigentlich demokratische Verfahren ist.

Einwände, die sich entkräften lassen



Nun zu den Einwänden. Mit dem wichtigsten haben wir uns schon auseinandergesetzt. Die Berücksichtigung der Nichtwähler bei der Verteilung der Parlamentssitze ist keineswegs systemwidrig. Die Wahlgesetze stehen in der freien Entscheidung des Gesetzgebers und zeigen eine große Bandbreite bei der Zuweisung der Parlamentssitze auf der Basis der Wahlergebnisse. Obwohl beim Mehrheitswahlrecht im Extremfall die Hälfte der Wählerstimmen unberücksichtigt bleiben kann, ist es als demokratisches System akzeptiert. So bewegt sich auch die Zuweisung von Sitzen an die Nichtwähler innerhalb des demokratischen Systems und verbessert sogar noch seine Wirkung, indem sie neben den etablierten Parteien auch andere Teile der Gesellschaft als Teilnehmer am politischen Geschehen zulässt. Nebenbei würde damit auch wieder der Zustand hergestellt, den das Grundgesetz wohl intendiert hat, indem es formuliert, dass die Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes nur „mit“wirken.

Ein weiterer Einwand geht dahin, dass mit der Zulassung einer großen Zahl unabhängiger und ungeordneter zusätzlicher Vertreter die Parlamentsarbeit völlig unübersichtlich und chaotisch werde und eine verlässliche, geordnete Gesetzgebung und Regierungspolitik unmöglich sei. Diesem allzu generellen Vorwurf sollte man im Detail nachgehen. Zum einen wird bezweifelt, dass das Parlament in dieser neuen Zusammensetzung in der Lage ist, eine Mehrheit für einen Regierungschef zusammenzubringen. Dahinter steht der

geheime Verdacht, dass es sich bei der durch Los entstandenen Gruppe der Nichtwähler-Vertreter um Menschen handelt, die entschlossen sind, das Parlament lahmzulegen. Diesem Verdacht steht aber die Art des Verfahrens entgegen, wie diese Abgeordneten aus der Mitte des Volkes gewählt werden. Es wird sich im Großen und Ganzen um normale, vernünftige Menschen handeln, die keinen weiteren persönlichen oder politischen Ehrgeiz haben, als für die begrenzte Zeit von einer Wahlperiode ihrer Verantwortung möglichst gerecht zu werden. Insofern dürfte der/die Spitzenkandidat(in) der stärksten Partei, wenn es ihm/ihr eventuell auch noch gelingt, eine andere Partei dazuzugewinnen, keine größeren Probleme als bisher haben, für die Wahl eine Kanzlermehrheit zusammenzubringen. Im Übrigen könnte man mit wenig Aufwand auch den Schritt zur Direktwahl des Regierungschefs mit vollziehen, der ja nur das in neue Rechtsform bringen würde, was praktisch seit der Gründung der Bundesrepublik politische Praxis ist, nämlich dass die Wahlen zum Bundestag vielleicht nicht nur, aber doch in erster Linie Kanzlerwahlen sind.

Schwieriger stellt sich schon die Frage der Fähigkeit der Regierung, ihr Gesetzgebungsprogramm durchzusetzen. Aber auch hier lässt sich bezweifeln, dass das derzeitige Verfahren mit Koalitionsverträgen und Fraktionszwang demokratischer ist als das, was in der skizzierten Zusammensetzung des Parlaments mit teils Parteivertretern, teils Parlamentariern auf der Basis von Losentscheid zu erwarten wäre. Die derzeitige Praxis, bei der am Anfang einer Legislaturperiode die Spitzen der zukünftigen Regierungsparteien die Agenda für die kommenden vier Jahre teilweise bis ins Detail festlegen, hat zu einer völligen Entmachtung des Parlaments geführt, das selbst Gesetze beschließt, die von einer Mehrheit der eigenen Regierungsfractionen als kontraproduktiv und unsinnig empfunden werden (Betreuungsgeld; Pkw-Maut). Die Rolle der Oppositionsparteien in einem derartig festgelegten Macht-Ohnmachts-Verhältnis ist auf mehr oder weniger wirkungslose verbale Attacken beschränkt. Von einem Austausch von Ideen, einem gemeinsamen Ringen um die besten Problemlösungen für das Gemeinwohl, von einer Kontrolle der Regierung durch das

Parlament, dessen Mehrheit sich als Schutzwall für die Regierung aufführt, von all diesen wesentlichen Aspekten des Parlamentarismus, in dem sich die Demokratie verwirklichen soll, gibt es kaum eine Spur.

Insofern stellt das Aufbrechen dieser fossilen Strukturen durch den Zustrom neuer Mitglieder für das Parlament schon für sich ein Mehr an Demokratie dar. Zu prüfen ist, wie weit dieses Mehr an Demokratie das Regieren unhandlich macht oder gar unmöglich. Da ist zunächst dem Mythos entgegenzutreten, dass eine Regierung in einem parlamentarischen Regierungssystem scheitert, wenn sie ihr Gesetzgebungsprogramm nicht Punkt für Punkt durchbringen kann. Soweit eine Regierung einer geschlossenen Oppositionsfront gegenübersteht, ist das natürlich zutreffend, das gilt aber nicht für jedes einzelne Gesetz. Auch hier ist eher das Gegenteil richtig. Es täte einer Regierung eher gut, wenn sie für manche ihrer Vorhaben im Parlament fundierte Kritik erhielte, so dass sie entweder davon Abstand nehmen oder ihre Entwürfe gründlich überarbeiten würde. Im Vergleich zu diesem Modell wird das demokratische Prinzip jedenfalls derzeit weitaus mehr auf den Kopf gestellt durch die im deutschen Bundestag gängige Praxis, die parlamentarische Opposition aus den eigenen Reihen damit zum Schweigen zu bringen, dass sie mit Hinweis auf den ominösen Koalitionsvertrag zum Schulterschluss mit der Regierung aufgefordert wird, weil sonst deren Glaubwürdigkeit oder gar ihre Existenz gefährdet sei.

Die Anwesenheit einer großen Menge von sogenannten einfachen Bürgern, deren Sicht auf die Politik nicht durch eine jahrelange Karriere professionalisiert und notgedrungen verengt ist, wird die Mitglieder der etablierten Parteien und ihre Vertreter in der Regierung dazu zwingen, ihren Blick zu erweitern und die Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung wieder direkt wahrzunehmen.

An die Stelle starrer Koalitionsverträge, die im Parlament abgearbeitet werden, tritt das möglicherweise mühsame, aber die Akzeptanz der politischen Entscheidungen fördernde Bemühen, mit unabhängigen „Politikern“ über das Gemeinwohl zu disku-

tieren und einen gemeinsamen Weg zu finden. Dies könnte der Anfang einer Entwicklung sein, der den Parlamentarismus aus seinem öden Konfrontationssystem zwischen Regierungsparteien und Opposition, das sich in Scheingefechten ohne materielles Ergebnis ergeht, hin zu einem Konsenssystem führt, in dem alle im Parlament vertretenen Gruppen an Entscheidungen mitwirken.

Im Gegensatz zu den zahlreichen Vorschlägen zur Beseitigung offensichtlicher Schwachstellen der derzeitigen demokratischen Praxis, um der unbestreitbaren Anfälligkeit der Demokratie für nicht sachgerechte und nicht gemeinwohlorientierte Entscheidungen ein Gegengewicht zu geben, wie etwa die Einführung einer zweiten oder dritten Kammer aus Experten oder eine Viergliederung des demokratischen Systems, ist der hier gemachte Vorschlag der Repräsentation der Nichtwähler im Parlament ohne großen Eingriff ins System oder gar dessen Umbau möglich. Er hätte aber dieselbe Wirkung für die Verbesserung der demokratischen Politik: der Einfluss der Parteien, die – das liegt in ihrer Natur – nicht nur die Interessen des Volkes, sondern auch ihre eigenen verfolgen – würde zurechtgestutzt; der Einfluss der Lobbyisten auf die Gesetzgebung würde stark zurückgedrängt; die Politik bekäme mehr Freiraum gegenüber den Forderungen der Wirtschaft, weil ein echtes Gegengewicht entstünde, wenn die Bürger ihre Interessen über ihre Vertretung im Parlament direkt geltend machen können; die Parteien würden sich neu definieren müssen, weil ihre Monopolstellung verloren ist, mehr noch, sie werden ihre Existenzberechtigung beweisen müssen, wenn die Bürger die Möglichkeit haben, nicht nur protestierend, sondern politisch wirksam sich dafür entscheiden zu können, keine der konkurrierenden Parteien zu wählen, sondern sich anderweitig vertreten zu lassen. Das vielleicht Wichtigste ist ein neues Verständnis der Bürger von Politik, indem sie direkt in das politische Geschehen integriert werden; die Akzeptanz der Politik und der Demokratie allgemein würde enorm anwachsen und zur Befriedigung der Gesellschaft beitragen. Das demokratische Leben würde bereichert, weil unter denen, die sich derzeit von der Teilnahme an Wahlen

abgewandt haben, sehr viele politisch aktive Menschen befinden, die in Protestgruppen und Bürgerinitiativen das zu verwirklichen suchen, was sie als echte Demokratie bezeichnen. Durch ihre Re-Integration in den demokratischen „Mainstream“ würde auch den gerade in diesen Protestgruppen auftretenden Sehnsüchten nach eher autoritären Alternativen zur Demokratie in Form von Expertenkammern u. ä. der Boden entzogen.

All diese Vorzüge, denen leicht noch einige weitere nachzuschoben wären, sind natürlich keine Garantie, nicht einmal ein Indiz, dass dieser Vorschlag irgendwann in naher Zukunft einmal umgesetzt werden könnte. Solchen Illusionen gebe ich mich nicht hin. Es wäre schon viel gewonnen, wenn diese Idee, nachdem sie die ersten Schauer aufgrund ihrer Radikalität und ihrer – aber eben nur scheinbaren – Anstößigkeit überwunden hat, in der politischen Literatur, in den Medien, in Seminaren und Tagungen, in denen man sich mit der Problem der wachsenden Wahlenthaltung beschäftigt, aufgegriffen und diskutiert würde. Denn dann könnte irgendwann, wenn der Anteil von Nichtwähler/innen bei Wahlen eine solche Dimension erreicht hat, dass man – wenn man die Demokratie retten will – an radikalen Reformen nicht mehr vorbeikommt, diese Idee ernsthaft als Möglichkeit begriffen werden.


(Undemokratische) Angst der Parteien vor Konkurrenz

Im Moment spricht alles gegen eine solche Entwicklung. Die Parteien scheinen sich einzugraben in ihren Bunker und sind im Gegenteil bemüht, aufkommende Konkurrenz zu ihrer Macht mit allen Mitteln niederzuhalten. Ein Beispiel dafür ist die geradezu fanatische Energie der Parteien im nordrhein-westfälischen Landtag, die Wiedereinführung der Sperrklausel bei den Kommunalwahlen durchzusetzen, weil angeblich die Arbeitsfähigkeit der Kommunalparlamente durch zu viele unterschiedliche Teilnehmer gefährdet sei. Nachdem sie zwei Mal beim Verfassungsgericht mit ihren Gesetzen gescheitert sind und sich von diesem haben erklären lassen müssen, dass dieses im Übrigen vorgeschobene Argument nicht gegen

die demokratisch garantierte politische Chancengleichheit aufgewogen werden kann, bereiten sie jetzt eine Verfassungsänderung vor, um ihr Vorhaben durchzusetzen, ein extremes Beispiel von Machthunger, verbunden mit Angst und Verblendung.

Möglicherweise gewinnt aber die Idee der Repräsentation der Nichtwähler im Parlament gerade von daher irgendwann bei den etablierten Parteien sogar Zuspruch, wenn ihnen klar wird, dass dadurch das Aufkommen neuer aus Protest und Frustration entstandener Parteien deutlich an Dynamik verliert. Denn wenn die engagierten Bürger, die sich von den Parteien nicht mehr vertreten wissen, die Möglichkeit haben, ihre Positionen, ihre Wünsche, ihre Bedürfnisse, ihre Interessen, ihre Kritik direkt im Parlament zur Sprache zu bringen und damit unmittelbar in den politischen Prozess einfließen zu lassen, entfällt die Notwendigkeit, hierfür den mühsamen Weg der Gründung einer eigenen Partei zu wählen.

Dabei kann es für die Parteien nur gut sein, wenn sie in der politischen Auseinandersetzung mit neuen, frischen Ideen konfrontiert werden. Und für die Entwicklung der Demokratie ist Offenheit allemal besser als der Versuch, die eigenen Positionen zu verteidigen. In Monheim, einer Stadt zwischen Düsseldorf und Köln, wurde 2009 ein junger Mann, der erst seit der vorigen Wahl mit seiner als Schüler gegründeten Partei PETO im Stadtrat saß, zum Bürgermeister gewählt, weil er mit 29 % die meisten Stimmen erhalten hatte und die damalige Landesregierung die Stichwahl des direkt gewählten Bürgermeisters abgeschafft hatte. Offensichtlich hat er sich in der Leitung der Stadtgeschäfte hervorragend bewährt und das Vertrauen der Bürger gewonnen, denn bei den nächsten Wahlen wurde er mit 80 % der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Zumindest die Stadt Monheim hat davon profitiert, dass Strukturen im demokratischen System geöffnet wurden, die neuen Kräften die Möglichkeit boten, sich durchzusetzen. Die anschließende nordrhein-westfälische Regierungskoalition aus SPD und Grünen hat dann die Stichwahl des Bürgermeisters wieder eingeführt – wohl, damit solche Unfälle nicht wieder passieren.

Die Menschen als Individuen, wie auch in ihrer Gesamtheit als Gesellschaft, haben die Tendenz, Probleme zu verdrängen. Dieser Prozess kann verschiedene Formen annehmen, zum einen, indem man das Problem zwar anerkennt, aber hofft, dass es sich von selbst erledigt, die zweite Möglichkeit ist, sich mit kosmetischen Korrekturen zufrieden zu geben. Am gefährlichsten ist es, sich einzureden, dass es eigentlich gar kein Problem gibt. Menschen, die Probleme verdrängen, werden krank, Gesellschaften, die sich ihren Problemen nicht stellen, geraten in Zerfall. Die Demokratie ist ein System, das davon lebt, dass es sich ständig erneuert, indem es sich mit den Veränderungen in der Gesellschaft auseinandersetzt. Eine Bunkermentalität, die ein so gravierendes Problem wie die wachsende Wahlenthaltung der Bevölkerung nicht als Herausforderung annimmt, sich zu verändern, geht fundamental gegen den demokratischen Geist und ist eine Bedrohung für das Überleben als demokratische Gesellschaft. 

Zum Autor
Dr. Werner Peters



Jahrgang 1941, Studium der Altphilologie und Philosophie in Tübingen und Bonn. Nach der Promotion (1967) mehrjähriger Studienaufenthalt in den USA (mit Stationen an der Harvard Universität und am amerikanischen Kongress). Ab 1970 in Deutschland als Politikberater tätig, seit 1984 Gründer und Betreiber des Künstlerhotels Chelsea in Köln. Gründer der Gruppe „Kölner Kommunitaristen“, aus der u. a. die Kölner Freiwilligen Agentur entstanden ist. Gründer und langjähriger Vorsitzender der Partei der Nichtwähler.

Zahlreiche Veröffentlichungen in Zeitschriften und Sammelbänden vor allem zur Theorie und Praxis der Demokratie.

Buchveröffentlichungen u. a.:

»The Existential Runner – Über die Demokratie in Amerika« (1992) (in den USA 1996 unter dem Titel „Society on the Run – A European View of Life in America“ erschienen). »Rätsel Amerika – Warum Amerikaner ganz anders sind« (2007/2009), »GENEROSITÄT – Für einen aufgeklärten Egoismus« (2013)

<http://www.hotel-chelsea.de>